

Beschlussvorlage für die Sitzung des SPD-Parteivorstandes am 16.03.24

Der Parteivorstand möge Folgendes beschließen:

Eine starke Wirtschaft für alle

Eckpunkte einer sozialdemokratischen Angebotspolitik

Als Sozialdemokratische Partei Deutschlands sind wir überzeugt: Deutschland braucht eine Wirtschaftspolitik, von der das ganze Land profitiert.

Die digitale und klimaneutrale Modernisierung unserer Volkswirtschaft ist die Grundlage für eine starke Wirtschaft. Für den Wandel hin zu einem nachhaltigen Wachstumsmodell braucht es grundlegende Weichenstellungen. Die Schwarzmalerei, die einige anstimmen, hilft uns nicht weiter. Deutschland und die Kraft seiner Menschen schlecht zu reden, wird niemals eine erfolgreiche Strategie für ein starkes Land sein. Stattdessen wollen wir anpacken, auf den vielen positiven Beispielen aufbauen und den Menschen, die jeden Tag für eine gute Zukunft arbeiten, den Rücken stärken. Wir machen Wirtschaftspolitik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, nicht für wirtschaftsnahe Lobbyverbände. Auf dem Bundesparteitag 2023 haben wir mit unserem Plan „Zusammen für ein starkes Deutschland“ sozialdemokratische Ideen vorgelegt, um unser Land in eine gute Zukunft zu führen.

Die heutigen globalen Herausforderungen erfordern ein verändertes, neues Zusammenspiel von Staat und Markt, damit Deutschland auch in Zukunft eine der führenden Volkswirtschaften der Welt bleibt. Wirtschaftlicher Erfolg bedeutet für uns, dass alle Menschen in unserem Land ein gutes Leben führen können. In Zeiten großer Umbrüche und damit verbundener Unsicherheiten müssen wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Demokratie stärken. Zentral dafür ist ein Staat, der für alle funktioniert und ein Sozialstaat, auf den die Bürgerinnen und Bürger sich verlassen können. Wirtschaftliche Stärke und soziale Sicherheit sind für uns kein Gegensatz, sondern bedingen einander.

Die Bundesregierung geht den konservativen Reformstau an

Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Olaf Scholz hat umfangreiche Maßnahmen umgesetzt, um die Stärke der deutschen Wirtschaft zu erhalten und auszubauen. Für ein neues Deutschland-Tempo wurden Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt und bürokratische Hürden für Investitionen in Deutschland abgebaut. Den Ausbau der Erneuerbaren Energien haben wir massiv beschleunigt.

Wir haben dafür gesorgt, dass Milliardeninvestitionen und Neuansiedlungen in Zukunftsbranchen stattfinden. Mit Rekordinvestitionen von über 100 Milliarden Euro zu einem Großteil in unsere Infrastruktur – Straßen, Brücken, Glasfaser, Mobilfunk, Schiene und Schulen – wird der jahrelange öffentliche Investitionsstau angegangen. Mit der stärkeren Förderung von Qualifizierung und Weiterbildung sowie mit einem neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz werden dringend benötigte Fachkräfte im In- und Ausland gewonnen.

Dank der Erhöhung des Mindestlohns wurde der Niedriglohnsektor deutlich verkleinert und dafür gesorgt, dass Millionen Menschen mehr Geld in der Tasche haben. In den letzten beiden Jahren gab es die höchsten Rentenerhöhungen seit 20 Jahren und eine Angleichung der Renten in Ost und West. Die Förderung der Inflationsausgleichsprämie hat die Kaufkraft erhöht und erfolgreiche Tarifabschlüsse sorgen dafür, dass die Reallöhne wieder steigen können.

Es ist 2024: Antworten aus den 1990er-Jahren haben keine Zukunft

Aktuell versuchen CDU/CSU und ihnen nahestehende Lobbyorganisationen die wirtschaftlichen Herausforderungen des Landes für ein Comeback ihrer ideologischen Politik der 90er-Jahre zu nutzen: Unternehmenssteuern runter, Renten und Sozialleistungen kürzen und Arbeitnehmerrechte abbauen. Sie versuchen uns einzureden, man müsse sich zwischen einer starken Wirtschaft und sozialer Sicherheit entscheiden.

Die Konzepte der Konservativen machen Reiche reicher, führen aber weder zu mehr Investitionen, noch dazu, dass es unserer Gesellschaft als Ganzes besser geht. Das ist der falsche Weg für unser Land. Es ist längst erwiesen: Trickle-Down-Ökonomie funktioniert nicht. Obwohl die Gewinne vieler großer Konzerne während der Krisen der letzten Jahre gestiegen sind, sind die Reallöhne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis vor kurzem gesunken.

Verantwortungsvolle Unternehmen, Gewerkschaften, Wissenschaft und große Teile der Zivilgesellschaft wollen eine andere Politik, damit ein neues Zeitalter der sozialen und ökologisch nachhaltigen Wertschöpfung gelingt. Mehr Investitionen, mehr Fachkräfte, niedrigere Energiepreise und weniger unnötige Vorschriften. Hier muss der Fokus liegen.

Zehn Punkte für eine starke Wirtschaft für alle

- 1. Bürgerinnen und Bürger entlasten, Kaufkraft stärken:** Nur gute Löhne sichern, dass der erwirtschaftete Wohlstand bei den Menschen ankommt. Sie erlauben nicht nur ein Leben in Würde, sondern unterstützen die Konjunktur aus der Mitte der Gesellschaft. Wir unterstützen die Gewerkschaften im Kampf für bessere Tariflöhne. Wir machen uns dafür stark, dass der Mindestlohn stärker steigen kann und dass Tarifbindung gestärkt wird. Mit dem

Bundestarifreugesetz werden wir dafür sorgen, dass nur Unternehmen, die gute Löhne zahlen, Aufträge der Bundesregierung bekommen. Mit der Stabilisierung der Rente sorgen wir für mehr Sicherheit für Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Rentnerinnen und Rentner. Wie schon im Regierungsprogramm 2021 beschlossen, halten wir am Ziel fest, 95 Prozent der Steuerzahlenden mit einer Reform der Einkommenssteuer zu entlasten. Um das zu finanzieren, werden wir die allerhöchsten Einkommen stärker in die Verantwortung nehmen.

2. **Deutschland einfacher und schneller machen:** Wir haben in Deutschland zu viele kleinteilige Vorschriften, die wirtschaftliches Engagement und Innovationen erschweren und Investitionen unnötig hinauszögern. Erforderlich ist ein Mentalitätswechsel in Politik und Verwaltung, aber auch in der Wirtschaft und der Gesellschaft. Berichts-, Informations- und Nachweispflichten sind konsequent zu reduzieren. Das Bürokratieentlastungsgesetz IV ist ein guter Ansatz. Wir wollen weitere Schritte gehen. Wir müssen an vielen Stellen pragmatischer denken, bevor wir eine Neuregelung in Angriff nehmen. Es braucht ein Bündnis „Deutschland einfach machen“ aus Gewerkschaften, Unternehmen, Zivilgesellschaft und Politik, aus Bund, Ländern und Gemeinden, das gemeinsam weitere Vorschläge zum Abbau unnötiger Vorschriften erarbeitet.

3. **Wettbewerbsfähige Energiekosten:** Wir brauchen eine vorausschauende Energiepolitik, die die Dekarbonisierung fortsetzt, Verlässlichkeit bei den Energiepreisen schafft und der Transformation der Industrie den Weg ebnet. Umso schneller große Flächenländer wie Bayern oder Baden-Württemberg ihren Rückstand bei Erneuerbaren Energien aufholen, desto schneller sinken die Preise. Für Unternehmen ist es attraktiv, dort zu investieren, wo ausreichend und planbar günstiger Strom aus Erneuerbaren Energien vorhanden ist. Für die Transformationsphase ist es zugleich wichtig, die jederzeitige Versorgung mit Erdgas und perspektivisch mit Wasserstoff sicherzustellen. Ein Schlüssel für eine resiliente und nachhaltige Energieversorgung liegt im Ausbau europäischer Netze und in der Umsetzung der Europäischen Energieunion. Energienetze müssen zur Daseinsvorsorge gezählt und auch so behandelt werden. Der Ausbau der Netze darf nicht zu einer Überforderung der Verbraucherinnen und Verbraucher und Unternehmen führen. Daher wollen wir prüfen, wie die Kosten des Ausbaus effektiv begrenzt werden können. Eine Möglichkeit wäre eine Beteiligung des Staates an den Infrastrukturkosten.

4. **Arbeitskräftebedarf sichern:** Für die Sicherung unseres Wohlstands ist es unverzichtbar, dass wir alle inländischen Potentiale heben. Dazu braucht es mehr Qualifizierung und Weiterbildung, eine Stärkung altersgerechter Arbeitsbedingungen und das Schließen der Gehalts- und Arbeitszeitlücke zwischen Frauen und Männern, eine verlässliche und bezahlbare Infrastruktur im Bereich Kinderbetreuung und Pflege und eine geschlechtergerechte Arbeitsteilung. Gleichzeitig brauchen wir mehr Arbeitskräfte aus dem Ausland. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das bis Mitte 2024 schrittweise in Kraft tritt, muss zügig und gezielt umgesetzt werden. Dabei müssen Visa-Verfahren für Menschen, die zum Arbeiten, Studieren, Forschen oder für eine Ausbildung zu uns kommen wollen, deutlich beschleunigt und digitalisiert werden. Der Jobturbo, mit dem insbesondere ukrainische Geflüchtete schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen, muss von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam zum Erfolg geführt werden. Schlüssel hierfür ist das Erlernen der deutschen Sprache, das am besten auch berufsbegleitend gelingt, wenn die Sprache tagtäglich am Arbeitsplatz praktiziert wird. Zudem lohnt es sich, weiterhin die Hürden für den Arbeitsmarktzugang Geflüchteter in den Blick zu nehmen.

5. **Eine moderne Infrastruktur für alle:** Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger sind gleichermaßen auf eine moderne öffentliche Infrastruktur angewiesen. Nicht nur in Neues, sondern auch in den Erhalt muss stetig investiert werden. Die Investitionen in Verkehrswege, Schulen, Universitäten, Berufsbildungseinrichtungen, Netze und eine digitale öffentliche Verwaltung müssen weitergehen. Auch die Bauwirtschaft spielt eine entscheidende Rolle bei der Bewältigung der großen Aufgaben der Daseinsvorsorge. Guter, bezahlbarer Wohnraum leistet einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität der Menschen und ist eine wichtige wirtschaftliche Standort- und Wachstumsvoraussetzung. Wir stärken daher gezielt die Investitionen in bezahlbaren und klimagerechten Wohnraum.

6. **Private Investitionen stärken, Technologieführerschaft ausbauen:** Statt auf pauschale Unternehmenssteuersenkungen setzen wir auf Superabschreibungen und Steuerprämien für Unternehmen, die in Deutschland in Digitalisierung und Klimaschutz investieren. Wir wollen die produzierende Industrie in Deutschland erhalten und Zukunftsindustrien neu ansiedeln. Unser Ziel ist, dass Deutschland in wichtigen Zukunftsbranchen, etwa im Bereich der Pharmaindustrie, bei modernen Halbleitern oder Batterien Technologieführer ist. Mit einem Deutschlandfonds wollen wir zudem öffentliches und vor allem privates Kapital für die klimafreundliche und digitale Modernisierung der Wirtschaft mobilisieren und in innovative Start-Ups lenken. Der Fonds soll langfristige und umfassende Investitionen in zukunftsfähige Geschäftsmodelle hebeln, für die Geschäftsbanken mit kurzfristigen Renditezielen allein zu wenig Geld zur Verfügung stellen.

7. **Produktivität durch KI steigern:** Künstliche Intelligenz (KI) hat das Potenzial, die Wirtschaft des Landes zu prägen und seine Verwaltung zu vereinfachen. Deutschland soll zu einem führenden Standort für KI und ihrer Anwendung bei Staat und in wichtigen Kernbranchen werden. Der entscheidende Ausbau von Rechenzentren und die Nutzung von KI in der öffentlichen Verwaltung

sind dafür wichtige Treiber. Eine innovationsfreundliche Umsetzung der KI-Verordnung und weiterer EU-Digitalgesetze muss sichergestellt werden. Wir wollen insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) bei der Einführung und Nutzung von KI-Lösungen unterstützen. Außerdem wollen wir KI-Startups fördern, um die Zahl der aus Grundlagenforschung hervorgehenden KI-Start-Ups deutlich auszuweiten.

8. **Solide Haushaltspolitik:** In den kommenden Jahren braucht es umfassendere Investitionen in eine starke klimaneutrale Wirtschaft und unsere Sicherheit. Damit legen wir langfristig die Grundlage für den Wohlstand unserer Kinder und Enkelkinder und ein Leben in Frieden in Europa. Das ist für uns Generationengerechtigkeit. Für diese Investitionen braucht es Planungssicherheit. Wir wollen, dass diese Aufgaben aus dem regulären Haushalt gestemmt werden können. Dafür streben wir eine Reform der Schuldenregeln zur Förderung von Zukunftsinvestitionen an und arbeiten ohne Scheuklappen an weiteren generationengerechten Wegen zur Finanzierung der Transformation.
-

9. **Europäische Industrie- und Infrastrukturpolitik vorantreiben:** Deutschland profitiert wie kaum ein anderes Land von Europa. Jeder fünfte Job bei uns hängt von einem starken Europäischen Binnenmarkt ab. Wir sehen aber, dass Europa über die letzten 20 Jahre den Anschluss an die USA und China verloren hat. Es braucht eine gemeinsame europäische Industriepolitik und mehr Investitionen in gemeinsame europäische öffentliche Güter, etwa in grenzüberschreitende Infrastruktur, Forschung und Entwicklung oder günstige Energieversorgung aus Wasserstoff und Erneuerbaren. Darüber hinaus werden wir mit der Umsetzung der Kapitalmarktunion privates Kapital für Zukunftsinvestitionen in Europa mobilisieren. Um Steuerdumping und Steuervermeidung zu verhindern, wollen wir eine europaweite Basiskörperschaftsteuer von 15 Prozent einführen.
-

10. **Starke internationale Partnerschaften:** Die internationalen Krisen der vergangenen Jahre haben gezeigt, wie wichtig internationale Stabilität, eine regelgebundene Ordnung und enge internationale Partnerschaften für unsere Volkswirtschaft sind. Die Bundesregierung arbeitet intensiv an einer Diversifizierung von Handelsbeziehungen, resilienten Lieferketten, neuen Rohstoff- und Energiepartnerschaften. Dabei können wir unsere Beziehungen insbesondere mit Ländern des globalen Südens für beide Seiten gewinnbringend ausbauen, beispielsweise mit Klimapartnerschaften. Staaten wie Südafrika, Indien oder Indonesien können so ihr Wachstum basierend auf nachhaltiger Energiegewinnung und Verarbeitung vor Ort aufbauen. Darüber hinaus kommen Handelsabkommen der Europäischen Union eine zentrale Bedeutung zu. Hier lässt die Bilanz der amtierenden EU-Kommission zu wünschen übrig. Handelsabkommen mit Wertepartnern wie Australien sind gescheitert oder kommen wie im Falle von MERCOSUR nicht schnell genug voran.
-